



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

19. Jahrgang, Nummer 02 / 2022

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

wir hatten uns zum Jahresende auf die endgültige Stilllegung der letzten drei AKW in der Bundesrepublik gefreut. Doch jetzt sollen sie im „Streckbetrieb“ bis Mitte April 2023 weiteren Atom-
müll produzieren. Und wer garantiert, dass dann mit dem AKW-Spuk Feierabend ist, zumal die Uranfabriken in Gronau und Lingen noch immer keine Laufzeitbegrenzung haben. Und in den Niederlanden werden 2 neue AKW geplant. Doch es regt sich auch weiterhin engagierter Protest gegen die internationale Atomindustrie. Mehr dazu, und auch Informationen zu weiteren Themen, findet Ihr hier im BBU-Weihnachts-Newsletter.



Deutlich wird: Die Arbeit der Bürgerinitiativen im Umweltbereich ist extrem wichtig. Und wichtig ist auch die Arbeit des BBU als Dachverband. Bitte unterstützt daher die Arbeit des BBU mit kleinen oder großen (Weihnachts-) Spenden.

BBU-Spendenkonto:

Sparkasse Köln/Bonn, IBAN: DE62 3705 0198 0019 0026 66, SWIFT-BIC: COLSDE33

Stichwort: Atomkraft? Nein danke!

Der BBU-Vorstand, die BBU-Geschäftsstelle und die BBU-Newsletter-Redaktion wünschen Euch möglichst ruhige Weihnachtstage und einen guten Rutsch in das neue Jahr, in dem sich hoffentlich viele Dinge positiv entwickeln.

Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Aktuelle Informationen des BBU ...

... findet man immer unter

<https://www.facebook.com/BBU72> sowie unter

<https://bbu-online.de/Presse.htm>. Und bei konkreten Fragen oder Aktionsvorschlägen einfach eine E-Mail an den BBU senden: BBU-Bonn@t-online.de.

Termine: <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

Der BBU trauert um sein langjähriges Vorstandsmitglied Helmut Wilhelm

Mit großer Trauer hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e. V., Bonn) vom Tod seines langjährigen Amberger Vorstandsmitglieds Helmut Wilhelm erfahren. Er verstarb am 24. September 2022 nach längerer Krankheit. Helmut Wilhelm hat sein Leben lang für mehr Umweltschutz und gegen Atomanlagen gekämpft. Erfolgreich ist bis heute z. B. sein Kampf gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Wackersdorf.

Im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz hat Helmut Wilhelm als Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstands von 1985 – 1993 maßgeblich die Kämpfe der Anti-Atomkraft-Initiativen unterstützt. Von



Helmut Wilhelm, rechts, beim BBU-Vorstandstreffen am 15.9.2018.

1994 bis 2001 war er ehrenamtlich als Revisor des BBU tätig. Ab 2002 arbeitete er wieder als aktives Vorstandsmitglied im BBU mit. Insbesondere seine rechtlichen Einschätzungen, auch als ehemaliger Verfassungsrichter in Bayern, waren für den BBU immer sehr wichtig und hilfreich.

„Helmut Wilhelm wird uns sehr fehlen. Wir sind sehr dankbar, dass er uns im BBU so viele Jahrzehnte aktiv unterstützt hat“, so Ulla Weiß vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU.

Helmut Wilhelm hat sich mit vielen Themenbereichen befasst. Zu seinen Themenschwerpunkten im BBU gehörten das Umweltrecht, Verkehrspolitik und die Stadtplanung, Dabei war ihm immer der Denkmalschutz ein besonderes Anliegen.

Der BBU wird Helmut Wilhelm nicht vergessen und wird sich in seinem Sinne weiterhin für die konsequente Energie- und Mobilitätswende ohne Atomanlagen und mit einem gut ausgebauten Schienennetz einsetzen.

Mehr zum Leben und Wirken von Helmut Wilhelm unter

<https://www.onetz.de/oberpfalz/amberg/amberg-gruenen-stadtrat-helmut-wilhelm-stirbt-alter-76-jahren-id3752566.html>

BBU-Pressemitteilung vom 30.09.2022

Themenbereiche

Atomenergie

AKW-Laufzeitverlängerung gefährlicher Poker / SPD und Grüne knicken vor FDP ein

Das Bündnis AgiEL – Atomkraftgegner:innen im Emsland, mehrere Anti-Atomkraft-Initiativen aus Niedersachsen und NRW sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) lehnen die von Bundeskanzler Olaf Scholz verordnete Laufzeitverlängerung für die drei noch verbliebenen deutschen AKW strikt ab. Sie sehen in der weiteren Nutzung der alternden AKW ein erhebliches Sicherheitsrisiko. Die Entscheidung ist rein politisch motiviert, allein um die FDP zu beruhigen. Atomkraft leistet faktisch keinen Beitrag zur Versorgungssicherheit, sondern schafft massive Probleme. Kritisch ist zudem, dass der dringend notwendige Ausbau der Erneuerbaren völlig ins Hintertreffen geraten ist.

„SPD und Grüne in Berlin brechen für Niedersachsen ihr erstes Wahlversprechen, bevor die neue rot-grüne Landesregierung überhaupt steht. Und grüne Parteitagebeschlüsse halten heutzutage offensichtlich keine 72 Stunden mehr. Eine Laufzeitverlängerung für die drei AKW ist ein gefährlicher Poker, der nun auf dem Rücken der Bevölkerung ausgespielt wird. Für Lingen ist das Kanzler-Machtwort ein Desaster. Ein Machtwort ersetzt keine Sicherheitsüberprüfung,“ so Alexander Vent vom Lingener Bündnis AgiEL – Atomkraftgegner:innen im Emsland.

„Mit einem Weiterbetrieb des Lingener AKW im Windenergie-Land Niedersachsen und mit dem Kohle-Deal mit RWE, bei dem unterm Strich keine Tonne CO2 eingespart wird, blockiert die Bundesregierung die Energiewende. Atomstrom verdrängt Windstrom, so zeigte es zuletzt auch der Stresstest. Der Kanzler trägt Verantwortung für die Menschen im Land. Aber die Sicherheit der Bevölkerung liegt ihm offenbar so wenig am Herzen, dass er den Alt-Reaktor in Lingen trotz Rissefunden und verschleppter Sicherheitsüberprüfungen weiterlaufen lassen will,“ so Femke Gödeker vom Elternverein Restrisiko Emsland.

Die Umweltorganisationen kritisieren zudem erneut, dass in Lingen auch eine Brennelementefabrik des französischen Konzerns Framatome betrieben wird. Framatome Lingen hat gerade erst Genehmigungen für neue Urangeschäfte ausgerechnet mit dem Kreml-Konzern Rosatom erhalten. Damit unterwandert Framatome in Lingen die Solidarität mit der Ukraine. Die Lingener Uranfabrik taucht im Ausstiegsbeschluss aber gar nicht auf.

Aus einer gemeinschaftlichen Pressemitteilung vom 18.10.2022. Vollständiger Text unter

<https://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202022/18.10.22.pdf>

BBU: Protest gegen Uranimporte aus Russland

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordert, dass kein Uran mehr aus Russland in die Bundesrepublik importiert werden darf. Gleichzeitig fordert der Verband, dass die letzte Brennelementefabrik in der Bundesrepublik, die in Lingen bisher unbefristet produzieren darf, sofort und dauerhaft stillgelegt wird. Mit diesen Forderungen unterstützt der BBU die Anliegen zwei seiner Mitgliedsorganisationen im Ems- und Münsterland.

In einer Pressemitteilung des Bündnis' AgiEL (AtomkraftgegnerInnen im Emsland) und dem Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, die gemeinsam mit der russischen Umweltorganisation „Ecodefense“ heute (27.10.2022) veröffentlicht wurde, heißt es: „Nach einer erst jetzt veröffentlichten Transportliste des zuständigen Bundesamtes BASE fanden bereits am 28. und 29. September erstmals seit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine zwei Urantransporte aus Russland zur Brennelementefabrik in Lingen statt.“

Udo Buchholz vom Vorstand des BBU betont: „Die Nutzung der Atomenergie war und ist immer mit einer unglaublichen Geheimniskrämerei verbunden. Solche Uranimporte aus Russland darf es nicht geben. Der

BBU unterstützt die Forderungen der örtlichen Bürgerinitiativen und von Ecodefense und setzt sich grundsätzlich für den Ausstieg aus jeglicher Nutzung der Atomenergie ein.“ Und mit Blick auf die letzten drei Atomkraftwerke in der Bundesrepublik fordert der BBU, dass diese spätestens am 31.12.2022 vom Netz gehen müssen.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 27.10.2022. Vollständiger Text unter <https://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202022/27.10.22.pdf>

Mehr als 350 Organisationen fordern das Aus für AKW Lingen 2

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordert für die Zukunft des Atomkraftwerkes Lingen 2 klare Verhältnisse in Form der Stilllegung am 31.12.2022. Damit reagiert der Verband auf die jüngsten Informationen, dass Anfang 2023 die Brennelemente des AKW neu konfiguriert werden müssen, wenn es



laut Machtwort des Bundeskanzlers bis zum 15.4.2023 weiterhin in Betrieb bleiben soll. Die Konfiguration der Brennelemente wäre mit einer vierzehntägigen Abschaltung des AKW Anfang des Jahres 2023 verbunden. „Die Abschaltung des AKW Lingen 2 sollte nicht im Januar für 14 Tage sondern zum Jahresende 2022 komplett und endgültig erfolgen“, betont BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

<https://www.n-tv.de/wirtschaft/AKW-Lingen-muss-zwei-Wochen-vom-Netz-article23680840.html>

Der BBU verweist darauf, dass mit der „Lingen-Resolution“ mehr als 350 Initiativen und Verbände die sofortige Stilllegung des AKW Lingen 2, und auch die sofortige Stilllegung der umstrittenen Brennelementefabrik in Lingen, fordern. In der Resolution heißt es: „Wir fordern deshalb von der niedersächsischen Landesregierung und der Bundesregierung die sofortige Stilllegung des AKW Emsland sowie der Brennelementefabrik Lingen. Die Zeit für einen echten Atomausstieg ist auch im Emsland mehr

als reif!“

<https://bbu-online.de/AK%20Energie/Aktuelles%20AK%20Energie/Lingen-Resolution%20April%202022.pdf>

Der BBU lehnt insgesamt jegliche AKW-Laufzeitverlängerung ab und fordert auch die Stilllegung der süd-deutschen Atomkraftwerke Isar 2 und Neckarwestheim 2 spätestens zum 31. Dezember 2022.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 28.10.2022. Vollständiger Text unter

<https://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202022/28.10.22.pdf>

G7-Gipfel Münster: Brief an Ministerin Baerbock /

"Urangeschäfte mit Russland beenden – Atomkraft hat keine Zukunft"

27 Anti-Atomkraft-Initiativen und Umweltorganisationen aus vier Ländern fordern in einem Offenen Brief an Bundesaußenministerin Annalena Baerbock das sofortige Ende aller Uran- und Atomgeschäfte mit Russland. Anlass (war) das G7-Außenminister:innentreffen in Münster.

Zu den Unterstützer:innen des Briefs zählen neben regionalen Organisationen aus dem Emsland und Münsterland unter anderem die russische Umweltorganisation Ecodefense, die bundesweite Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz sowie Fridays for Future in Münster.

Kritisiert werden in dem Offenen Brief insbesondere die Urangeschäfte zwischen Deutschland, Frankreich und Russland. Der französische Atomkonzern Framatome betreibt in Lingen/Emsland die einzige Brennelementefabrik in Deutschland und hat dort Ende September ungeachtet des völkerrechtswidrigen russischen Angriffs auf die Ukraine erstmals wieder Uran aus Russland geliefert bekommen – ausgestattet mit Genehmigungen deutscher Behörden und Ministerien.

In Ungarn beteiligen sich Framatome und Siemens Energy am Bau des vom Kreml-Konzern Rosatom gelieferten Atomkraftwerks in Paks. Framatome unterstützt dieses gefährliche AKW-Projekt vom deutschen Standort im bayrischen Erlangen. Deutschland ist also auf mehreren Ebenen in die unverantwortlichen Atomgeschäfte mit Russland verwickelt.

Framatome ist eine Tochter des staatlichen französischen Energiekonzerns EdF. Auf russischer Seite ist ausgerechnet der staatliche Atomkonzern Rosatom der Vertragspartner. Rosatom koordiniert zum Beispiel die fachliche Besatzungsverwaltung im militärisch eroberten AKW Saporischschja in der Ukraine – ist also für den Kreml direkt am Ukraine-Krieg beteiligt. Der Kreml-Konzern beliefert auch die USA mit Uranbrennstoff.

Den Offenen Brief an Ministerin Baerbock finden Sie unter folgendem Link:

<https://sofa-ms.de/wp-content/uploads/2022/11/Brief-an-Ministerin-Baerbock-G7-zu-Urangeschaeften-mit-Russland.pdf>

Aus einer gemeinschaftlichen Pressemitteilung vom 02.11.2022. Vollständiger Text unter

<https://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202022/02.11.22.pdf>

26.11.2022, Atomkraftwerk Neckarwestheim blockiert – Weitere Aktionen Zivilen Ungehorsams angekündigt

Seit 12.30 Uhr blockieren rund 100 Menschen das Haupttor des Atomkraftwerks Neckarwestheim. Die Aktiven der Kampagne „Runterfahren“ möchten damit ein deutliches Zeichen gegen den Weiterbetrieb der deutschen Atomkraftwerke setzen. Zudem kündigen sie weitere Aktionen Zivilen Ungehorsams für den Fall an, dass Anfang des nächsten Jahres langfristige Laufzeitverlängerungen diskutiert werden sollten. Die gewaltfreie Sitzblockade dauert an, die Polizei ist vor Ort, aber hält sich bisher zurück.

Der Bundestag hatte am 11. November längeren AKW-Laufzeiten zugestimmt, gerade gestern hat der Bundesrat diesen Beschluss gebilligt. Die drei Atomkraftwerke Neckarwestheim, Isar II und Emsland sollen noch bis zum 15.4.2023 weiter betrieben werden. Diese Entscheidung kritisieren die Aktivist*innen: „Der Stress-Test hat gezeigt, dass Atomkraftwerke auch in diesem Winter überflüssig sind. Sie sind keine Lösung für die Energiekrise, stattdessen verschärfen sie das Problem, indem sie Netze verstopfen und uns alle jeden Tag der Gefahr eines Atomunfalls aussetzen“, sagt Clara Tempel, Pressesprecherin der Kampagne „Runterfahren“. Um auf das Risiko eines Super-GAU aufmerksam zu machen, nehmen an der Sitzblockade Menschen unterschiedlichen Alters aus ganz Deutschland teil. Damit wollen sie auch die Initiativen vor Ort unterstützen. Franz Wagner vom Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar erklärt: „Ich freue mich über das starke Signal dieser Warn-Blockade gegen den gewissenlosen Betrieb der Atomkraftwerke“. Das Atomkraftwerk Neckarwestheim war zuletzt stark in die Kritik geraten, weil dort unzählige Risse in den Dampferzeugern festgestellt wurden. Auch Herbert Würth vom Aktionsbündnis Castor-Widerstand Neckarwestheim unterstützt die Forderung der Blockierer*innen: „Wir lehnen die Laufzeitverlängerungen ab, jetzt muss rasch die weitere Energiewende ohne Atom und Fossile verwirklicht werden“.

Quelle und vollständiger Text: <https://runterfahren.org>

Doch Brennelementekooperation Rosatom-Framatome

Bundesumweltministerium: Kernbrennstoffproduktion in Deutschland beenden

Die Neue Osnabrücker Zeitung meldet heute Morgen (7.12.2022), dass der französische Atomkonzern Framatome doch ein Joint Venture zur Brennelementeproduktion mit dem Kreml-Konzern Rosatom plant. Dies hat natürlich auch Auswirkungen auf die von Framatome betriebene Brennelementefabrik in Lingen/Emsland. Das Joint Venture soll nunmehr nicht – wie noch vor einem Jahr geplant – in Deutschland registriert werden, sondern in Frankreich. Anti-Atom-Organisationen sind entsetzt, dass Frankreich versucht, mitten im völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine die atomare Partnerschaft mit Russland weiter voranzutreiben. Auch die Lingener Brennelementefabrik wird damit zwangsläufig in den Einflussbereich des Kreml geraten, egal ob das Joint Venture in Frankreich oder Deutschland registriert wird. Es ist auch mit einer Zunahme an Uranlieferungen aus Russland zu rechnen.

Unterdessen schlägt das Bundesumweltministerium (BMUV) ganz andere Töne an: In einem Brief an das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen vom 30. November befürwortet das Umweltministerium erstmals seit Amtsantritt von Ministerin Steffi Lemke (Grüne) explizit das Ende der Brennelementefertigung und der Urananreicherung in Deutschland:

„Es ist aus Sicht des BMUV im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit des deutschen Atomausstiegs generell erforderlich, die Kernbrennstoffproduktion zu beenden.“ Dazu sei eine „Änderung der Gesetzeslage erforderlich.“

Zudem schreibt das BMUV mit Blick auf die laufenden Urangeschäfte zwischen der Brennelementefabrik Lingen und dem Kreml-Konzern Rosatom: „Auf europäischer Ebene setzen wir uns für eine Erweiterung der Sanktionsmaßnahmen auf die russische kerntechnische Industrie ein.“ Das würde mit Sicherheit auch ein Joint Venture zwischen Rosatom und Framatome betreffen.

Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem Emsland und dem Münsterland sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW begrüßen diese klaren Aussagen des Bundesumweltministeriums, fordern aber nun zeitnah konkrete gesetzliche Vorschläge, um die Kernbrennstoffproduktion tatsächlich zu beenden. Dabei geht es sowohl um die Stilllegung der Brennelementefabrik in Lingen/Emsland wie auch der Urananreicherungsanlage in Gronau/Westfalen.

Quelle: <https://atomstadt-lingen.de/2022/12/07/doch-brennelementekooperation-rosatom-framatome>

Gerichtsverhandlung bestätigt gravierende Verstöße gegen Sicherheitskonzepte und die fortdauernde Riss-Gefahr im AKW Neckarwestheim II / die Kläger*innen können Umweltministerium aber nicht zwingen, das AKW vom Netz zu nehmen

Zum heute mitgeteilten Beschluss des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg im Streit um die Betriebsgenehmigung des Risse-Reaktors Neckarwestheim II erklären Armin Simon von der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt und Franz Wagner vom BBMN (Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar e.V.):

„Das Mannheimer Gericht teilte heute mit, dass es unsere Klage abweist. Die Verhandlung gestern vor dem VGH hatte allerdings die zahlreichen Abweichungen gegen Sicherheitsregeln im AKW Neckarwestheim II bestätigt. Der Reaktor, in dem sich bereits mehr als 350 Risse gebildet haben, wird seit Jahren regelwerkswidrig betrieben und gewartet. Systematische Fehler, die zu schweren Störfällen bis hin zur Kernschmelze führen können, werden nicht behoben. Schnell wachsende Risse an dünnwandigen Rohren des Reaktor-

kreislaufs werden entgegen der Vorschriften nicht verhindert. Das baden-württembergische Umweltministerium und seine Gutachter räumten vor Gericht ein, dass "die Rissmechanismen weiterhin aktiv" seien, aber sie glauben, mit ihren Maßnahmen die Gefahren beherrschen zu können und im Fall der Fälle schnell genug reagieren zu können, was aus unserer Sicht die Sicherheitsprinzipien des Atomrechts auf den Kopf stellt. Der Klage von Atomkraftgegner*innen auf vorläufigen Widerruf der Betriebsgenehmigung des AKW gab das Gericht dennoch nicht statt. Die Richter befanden, die von den Rissen ausgehende Gefahr sei nicht groß genug, um in die Entscheidungen der Atomaufsicht einzugreifen. Das Umweltministerium dürfe ungeachtet der von uns nachgewiesenen Regelverstöße am Weiterbetrieb des Reaktors festhalten, wenn es diesen für sicher erachte. Das Gericht verzichtet damit auf die der Gewaltenteilung innewohnende Kontrollaufgabe der Justiz.

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung (15.12.2022) vom Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar e.V. (BBMN) und .ausgestrahlt. Quelle und vollständiger Text: <https://www.ausgestrahlt.de/presse/uebersicht/gemeinsame-pressemittteilung-zum-abweisungsbeschluss>

Wolfgang Ehmke:

Das Wunder von Gorleben. Der Beitrag des Wendlands zur Energiewende.

Wyhl, Brokdorf, Kalkar, Grohnde, Wackersdorf – Erfolge und Niederlagen der Anti-Atom-Bewegung wechselten einander ab, lagen nah beieinander. Gorleben nimmt in dieser Kette keine Sonderrolle, aber eine besondere Rolle ein. Spätestens ab dem Zeitpunkt, wo Castor-Transporte ins Zwischenlager Gorleben rollten, mutierte das Wendland zu dem politischen und sozialen Ort, an dem das Ende der Atomkraft, aber auch das Aus für den angezählten Salzstock Gorleben als Endlager auf der Straße und der Schiene ausgehandelt wurde. Immer wieder!

Doch was wäre geschehen, wenn Ende der 70er Jahre die WAA in Gorleben trotz des Widerstands in der Region dennoch gebaut worden wäre? Mit einem Jahresdurchsatz von 1.400 Tonnen Schwermetall: Eine solche Anlage hätte die Versorgung von rund 50 Atomkraftwerken abgedeckt. Die BRD wäre dem Nachbarland Frankreich gleich ein Nuklearland geworden. Hätte man sich dann vorstellen können, dass Jahrzehnte später, nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima Daiichi, der Atomausstieg energiepolitisch möglich gewesen wäre?

Erschienen im Köhring Verlag, 9,80 €

Bezugsquelle: <https://www.bi-luechow-dannenberg.de/produkt/das-wunder-von-gorleben>

21.1.2023: Kundgebung am AKW Lingen: Atomkraftwerke abschalten, Atomgeschäfte beenden!

Bereits vor über zehn Jahren kam die Bundesregierung zu der Erkenntnis, dass Atomkraft gefährlich und unbeherrschbar ist.

Aktuell wurde aber der damals beschlossene Atomausstieg zum 31.12.2022 gekippt. Wegen der Gaskrise mit Russland sollen die deutschen AKW auch 2023 in Betrieb bleiben. Allerdings- ohne erwähnenswert mehr Strom zu erzeugen, als ursprünglich geplant. Nur länger. Nach dem Willen von Teilen der Regierungsparteien und der Opposition auch über Jahre länger. Der politische Druck, den verschobenen Atomausstieg weiter aufzuweichen, wird im kommenden Frühjahr wieder stärker werden.

Der Handel mit Uran aus Russland und die Produktion von atomaren Brennelementen

bei ANF/framatome sind vom Atomausstieg gänzlich ausgeschlossen. Regelmäßig erreichen derzeit Uranfrachtschiffe aus Russland die Häfen Rotterdam (NL) und Dünkirchen (F), mit frischem Uran aus Russland für die Brennelementefabrik der französischen Framatome in Lingen. Handelspartner ist der von Putin selbst gegründete Atom-Staatskonzern Rosatom. Hier werden horrenden Summen an Geld für Uran direkt in die Kriegskasse des Kremls gespült.

Die Bundesregierung möchte diese brisanten Geschäfte zwar unterbinden, tut aber auf EU-Ebene nichts, um sie zu beenden.

Atomkraft nützt uns in Deutschland nachweislich und wissenschaftlich bestätigt nichts, birgt aber eine Menge – oft unterschätzter – Risiken und Gefahren. Besonders dann, wenn die Atomanlagen alt und abgeschrieben sind. Wie in Lingen, wo bereits 2019 gefährliche Risse in besonders sensiblen Rohren gefunden wurden.

Im Januar wird das AKW Lingen II heruntergefahren, um die Brennelemente für einen Weiterbetrieb umzustecken. Eine Überprüfung der Dampferzeugerheizrohre ist aber nicht geplant.

Wir rufen für den 21.1.2023 ab 13 Uhr zu einer Kundgebung am AKW Lingen auf:

Das AKW Lingen darf nicht wieder ans Netz gehen! Die Atomgeschäfte mit Russland müssen sofort beendet werden!

Ein Aufruf des Bündnis' AgiEL (eine BBU-Mitgliedsorganisation). Quelle und weitere Informationen: <https://atomstadt-lingen.de/2022/12/20/21-1-2023-kundgebung-am-akw-lingen>



Innenraumschadstoffe

Barrierefreiheit braucht mehr als Rollstuhlrampen. Warum Laserdrucker Teilhabe verhindern.

Die Stiftung nano-Control kämpft für das Recht auf gesunde Luft in Innenräumen. Dass diese auch einen Aspekt der Barrierefreiheit darstellt, ist kaum bekannt. Deshalb fordert nano-Control mehr Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit Laserdruckern.

Quelle und vollständiger Text unter <https://www.nano-control.org/barrierefreiheit-braucht-mehr-als-rollstuhlrampen-warum-laserdrucker-teilhabe-verhindern>

Klimaschutz

Lützerath: Mitte Januar Räumung +++ 14.1.2023 Demo

Wir rechnen mit dem Beginn der Räumung von Lützerath rund um das Wochenende vom 14./15.1.2023! Wir werden uns dem mit zivilem Ungehorsam entgegenstellen.

Die Polizei wird das Dorf wohl abriegeln, deshalb ist es gut, wenn ihr spätestens bis zum 8.1. anreist, wenn euch das möglich ist.

Am 14.1. laden wir nach Lützerath/Keyenberg zu einer großen Demo ein!

Auch wenn Lützi nicht mehr erreichbar sein sollte, lohnt es sich zu kommen: in Keyenberg wird Anfang Januar „Unser Aller Camp“ aufgebaut, ein legal zugänglicher Ort für den Widerstand rund um Lützerath.

Quelle und weitere Informationen: <https://www.alle-doerfer-bleiben.de>

Landwirtschaftspolitik

„Wir haben es satt!“-Demo am 21.1.23: „Gutes Essen für alle!“

60 Organisationen aus Landwirtschaft und Gesellschaft rufen zur „Wir haben es satt!“-Demonstration am 21. Januar auf. Die Agrarwende-Demo steht 2023 unter dem Slogan „Gutes Essen für alle – statt Profite für wenige“. Zum Auftakt der weltgrößten Agrarmesse „Grüne Woche“ werden Tausende Menschen erwartet, die für konsequenten Klimaschutz, artgerechte Tierhaltung, den Erhalt der Artenvielfalt und globale Solidarität durch das Berliner Regierungsviertel ziehen.

Klimakrise, Ernährungsarmut, Höfesterben – die Liste der Verfehlungen in der Agrar-, Sozial- und Umweltpolitik ist lang. Die Bilanz nach einem Jahr Ampel-Regierung ist ernüchternd und lässt sich mit „zu langsam und zu wenig“ zusammenfassen. Das „Wir haben es satt!“-Bündnis fordert mehr Tempo bei der sozial gerechten Agrar- und Ernährungswende. Konkret heißt das: Faire Erzeuger*innenpreise für Bauernhöfe und Lebensmittelhandwerk sowie viel mehr Unterstützung für Armutsbetroffene, damit sie sich fair und nachhaltig hergestelltes, gesundes Essen leisten können.

Die Pandemie und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigen, wie wichtig eine klimagerechte und zukunftssichere Landwirtschaft ist. Aktuell wird hierzulande auf rund 60 Prozent der Ackerflächen Tierfutter und auf weiteren 13 Prozent Pflanzen für Biogas angebaut. Wir brauchen viel mehr pflanzliche Nahrung für Menschen und den Erhalt der Höfe, die uns mit gutem Essen versorgen. Daher ist eine der Kernbotschaften der Demonstration: Teller statt Trog und Tank!

„Wir haben es satt!“-Demo: „Gutes Essen für alle – statt Profite für wenige!“

Zeit: Samstag, 21. Januar 2023, ab 12.00 Uhr

Ort: Brandenburger Tor, Platz des 18. März, 10117 Berlin

Pressemitteilung der Demo-VeranstalterInnen vom 29.11.2022.

Quelle und weitere Informationen: <https://wir-haben-es-satt.de/presse>

Verkehrspolitik

24. BUVKO vom 31. März bis 2. April 2023 in Lüneburg

Der 24. BUVKO findet vom 31. März bis 2. April 2023 unter dem Motto „Was uns antreibt – gesund und klimaschonend unterwegs“ an der Leuphana Universität in Lüneburg stattfinden. Es ist bereits möglich, dass Sie sich anmelden können.

Quelle und weitere Informationen: <https://www.umkehr.de>



Impressum: BBU-Newsletter Nr. 02 / 2022, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.01.2023. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminhinweise werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: udo.buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken. Wer den Newsletter nicht mehr beziehen möchte, kann ihn mit einer kurzen Email an udo.buchholz@bbu-bonn.de abbestellen.